

Mit einem Hochrad-Ballett feierte der tschechische Velocipedistenclub 1880 aus Prag den 200. Geburtstag des Fahrrads.

Foto: apa/dpa/Uli Deck



Zum „Wiener Journal“ vom 26. Mai

Ein Loblied auf das Fahrrad

Vor Karl Freiherr von Drais ich mich gern verbeuge, seine „Rad“-Erfindung schenkt große Freude.

Das Fahrrad führt mich, wohin ich will, und macht dies ziemlich still.

Es verbindet Nutzen, Bewegung, Gesundheit und gute Laune, dass ich nur so staune.

Öfters kommt mir vor, als würd' ich fast schweben, darf ich Dreh-Momente mal aktiv, mal passiv erleben.

Wenn ich daheim sitz' und mir ist einmal fad, dann rat ich mir selbst: Fahr mit dem Rad!

Mein nicht mehr junges Gefährt fährt mit null Emissionen, wie schätz' ich die radelnd gewonnenen Impressionen.

Karl Brunner,
9020 Klagenfurt

Die Arbeit der Regierung bis zur Neuwahl

Das Versprechen der Regierung, die vielen praktisch fertig ausgearbeiteten Gesetzesvorhaben noch zu erledigen, die höre ich wohl – allein, mir fehlt der Glaube. Die Nichterledigung der Gewerbeordnung gibt mir schon recht. Auch die Schwerpunkte, die sich die Re-

gierung setzt, machen mich misstrauisch.

Wohl am leichtesten zu erledigen wäre die (überfällige) Beseitigung der kalten Progression, die einen „legalen“ Diebstahl am Steuerzahler darstellt. Ein Satz im Einkommensteuergesetz würde genügen. „Die Reichen da auszunehmen“, wie es die SPÖ will, ist schlicht Sand in die Augen der Bürger. Durch die Inflation werden wir nämlich früher oder später (steuerlich) reich – darum die kalte Progression.

Jürgen Jauch,
4040 Linz

Achtzig tote Zivilisten bei einem Luftangriff der USA

Beim jüngsten Luftangriff der US-geführten Koalition in Syrien seien mindestens achtzig Verwandte von IS-Kämpfern getötet worden, davon 33 Kinder, wurde gemeldet. Die Familien von IS-Mitgliedern hatten sich angeblich in einem Gebäude der Stadtverwaltung von Mayadin versteckt.

Die asymmetrische Kriegsführung führt bei Berücksichtigung des Humanitären Völkerrechts zu zahlreichen Problemen. Zum Beispiel: Terroristen und Rebellen verwenden gerne Zivilpersonen als menschliche Schutzschilde und Krankenhäuser als Bereitstel-

lungsräume. Militärpersonen sind jedoch verpflichtet, ausschließlich militärische Ziele anzugreifen. Für reguläre Truppen gilt ein Angriffsverbot auf Zivilisten, ferner sind Krankenhäuser besonders schutzwürdige Objekte und dürfen nicht bombardiert werden.

Unter strenger Auslegung des Völkerrechts könnten Rebellen und Terroristen in vielen Fällen gar nicht angegriffen werden; mit diesem Verhalten spekulieren häufig irreguläre Kämpfer. Bei einem Luftangriff in einem Bürgerkriegsland wird es somit fast immer auch zivile Opfer geben.

Oberst iR Kurt Gärtner,
4600 Wels

Zum Artikel von Martyna Czarowska, 24./25. Mai

Türkei blockiert Österreichs Kooperation mit der Nato

Warum darf ein neutrales Land überhaupt an Nato-Einsätzen teilnehmen? Oder ist mir entgangen, dass Österreich der Nato beigetreten ist? Jedenfalls bin ich der Türkei und Recep Tayyip Erdogan (für den ich sonst wenig Sympathie hege) direkt dankbar, dass er „unsere“ Soldaten nicht dabei haben möchte.

Magda Novak,
per E-Mail

Leserlob für die „Wiener Zeitung“

Nachdem wir Ihre Zeitung nun schon seit längerer Zeit regelmäßig lesen und inzwischen zufriedene AbonnentInnen geworden sind, möchten wir uns einmal herzlich für Ihre qualitativ hochwertigen Beiträge und Ihre klaren Stellungnahmen zu vielen wichtigen Themen der Zeit bedanken.

Wir schätzen Ihre ausgezeichneten Berichte und Analysen, Ihre kritischen Kommentare, Ihr Aufgreifen kontroversieller Themen, die vom Boulevard meist nur negativ dargestellt werden. So sind wir – die selber ehrenamtlich und mit viel Freude seit mehr als zwei Jahren Flüchtlinge zu unterstützen versuchen – begeistert, wie differenziert die „Wiener Zeitung“ das Thema Integration darstellt und auch immer wieder Beispiele gelungener Integration präsentiert. Vielen Dank dafür!

Mag. Gerlinde & Mag. Gerhard
Buchberger, 2540 Bad Vöslau

Leserbriefe werden nur dann abgedruckt, wenn sie mit vollständiger, nachvollziehbarer Adresse versehen sind. Wir können auch nur Leserbriefe berücksichtigen, bei denen von den Verfassern Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.

PRESESTIMMEN

„Nicht einmal die in diplomatischen Floskeln erfahrene Bundeskanzlerin Angela Merkel konnte nach dem G7-Gipfel auf Sizilien verschleiern, wie viel Enttäuschung, Frustration und Verbitterung über den amerikanischen Präsidenten zurückblieben. Dass Donald Trump nach Europa kam und keine abgestimmte Regierungsmeinung zum Klimaschutz mitbrachte, sondern diese erst für die kommenden Tage ankündigte, ist entweder politische Dummheit oder Ignoranz der wichtigsten Freunde. Beides wäre gleich schlimm. Doch es reicht nicht, sich nach dieser ersten Auslandsreise des neuen Mannes im Weißen Haus gegenseitig mit drastischen Bezeichnungen für ‚Trampel Trump‘ zu übertreffen.“

Die „Landshuter Zeitung“ zu Reaktionen auf den G7-Gipfel

„Auch frühere amerikanische Präsidenten haben keine Sekunde gezögert, die Interessen ihres Landes – oder das, was sie dafür hielten – mit Nachdruck zu verfolgen. Jetzt aber hat man den Eindruck, es gehe um das Ganze, als wolle Trump all denen recht geben, die ihn als Abrissbirne der internationalen Ordnung karikiert hatten. Für die Europäer ist das eine bittere Erfahrung.“

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zum selben Thema

„Die Auseinandersetzung mit Trump hat der G7/G6 gut getan. Das ritualisierte Treffen ist wieder politischer geworden. Das hilft der Akzeptanz. Der Gipfel in Sizilien hat auch gezeigt, dass es möglich ist, sich einem Schwergewicht entgegenzustellen.“

Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ zum selben Thema

GASTKOMMENTAR

Eine Bank für Gemeinwohl folgt dem Zeitgeist

Von Holger Blisse

Als das Projekt „Demokratische Bank“ im Jahr 2010 offiziell gestartet wurde, sollte eine Kreditgenossenschaft entstehen, die sich auf die Wurzeln der Bewegung bezieht, wie sie seinerzeit Hermann Schulze-Delitzsch für die Volksbanken als Vorschussvereine und Friedrich Wilhelm Raiffeisen für die Darlehnskassenvereine, die heutigen Raiffeisenbanken, begründeten.

Es ist schwer, in einer Zeit, in der Banken abgewickelt werden, weil ihr Geschäftsmodell unter Anpassungs- und Ertragsdruck gesetzt wird, eine neue Bank zu errichten. Dennoch bietet eine Bank die Möglichkeit, aus den Einlagen heraus bestimmte unternehmerische, aber auch darüber hinausreichende ideelle Ziele, wie etwa das Gemeinwohl, zu fördern. So entspringt es auch dem Gründungsauftrag der Sparkassen.

Das Projekt hat sich in Richtung einer Bank für Gemeinwohl weiterentwickelt und trägt damit auch die Zielsetzung im Namen der Bank. Dies ist selten, die

meisten Banken haben eine regionale Firmierung. Aber es gibt zum Beispiel in Deutschland eine Bank für Sozialwirtschaft, und es gab – ähnlich der Bank für Arbeit und Wirtschaft (Bawag) aus der Gewerkschafts- und Konsumge-

Bisher zeichneten mehr als
5200 Menschen aus ganz
Österreich mehr als

3,7

Millionen Euro
Geschäftsanteilskapital

nossenschaftsbewegung hervorgegangen – die Bank für Gemeinwirtschaft. Alle drei Aktiengesellschaften, trotz der Zugehörigkeit zu einer eher sozialen Bewegung.

Die Bank für Gemeinwohl soll auch als Aktiengesellschaft (AG) errichtet werden. Die AG ist das von der Europäischen Bankenaufsicht favorisierte Rechtskleid für

jede Bank (oder Sparkasse). Denn die AG hat den Vorteil, durch Ausgabe und Börsennotierung ihrer Aktien rasch zusätzliches Kapital aufnehmen beziehungsweise auch einen Eigentümerwechsel möglich schnell durchführen zu können, um – so das Argument – nicht wieder im Krisenfall auf Staatshilfe angewiesen sein zu müssen. Allerdings waren viele zu rettende Banken eben gerade Aktiengesellschaften.

Kein Rendite-Druck

Die Börsennotierung der Aktie könnte das Geschäftsmodell einer Bank zusätzlich unter Erwartungsdruck setzen, weil die Eigentümer eine entsprechende Rendite erzielen wollen. Dies wird bei der Bank für Gemeinwohl wohl anders sein. Sie würde im Eigentum einer Verwaltungsgenossenschaft stehen, die alle Aktien stellvertretend für die Genossenschaftsmitglieder hält. Dieses Modell ist nicht nur von den Volksbanken im Zuge der Sanierung ihres Zentralinstitutes stärker aufgegriffen worden, sondern es findet sich zum Beispiel auch

bei der VKB-Bank in Linz und auf der Ebene der Raiffeisen-Landesbanken.

Es hat Vorteile und Nachteile. Die demokratische Mitbestimmung wird eingeschränkt, Entscheidungen vollziehen sich stringenter. Wenn bei der Bank für Gemeinwohl als Kooperationspartner die deutsche GLS Gemeinschaftsbank, eine Genossenschaft, gewonnen werden konnte, dann ist dies der prominente Partner im Bereich sozial-ethischen Bankgeschäfts in Europa. Es könnte aber die Position der Mitglieder der Verwaltungsgenossenschaft schwächen. Bisher haben mehr als 5200 Menschen aus ganz Österreich mehr als 3,7 Millionen Euro Geschäftsanteilskapital gezeichnet. Durch die Errichtung von Regionalbüros, so jüngst in Salzburg und Graz, ist man in den Regionen stärker verwurzelt. Warum nicht dort auch eigene regionale Verwaltungsgenossenschaften aktivieren, um einen engeren Bezug der Menschen zur Bank herzustellen, als dies über eine Verwaltungsgenossenschaft mit Sitz in Wien allein möglich

wird? Gleichzeitig würde man ein demokratisches „Gegengewicht“ zu unter Umständen strategischen Investoren schaffen, die ihre doch eigenen Ziele verfolgen. Oder man integriert die GLS Bank über ihre ordentliche Mitgliedschaft hinaus als investierendes Mitglied in die Verwaltungsgenossenschaft, um dem ursprünglichen Anspruch möglichst nahezu zu bleiben – trotz aller regulatorischer Schwierigkeiten. Dann gelingt die Gründung einer Bank und stehen Mittel für eine besondere Art des Wirtschaftens bereit, wie sie derzeit über eine eigene Crowdfunding-Plattform einzuwerben versucht werden.

ZUM AUTOR

Holger Blisse



ist Lehrbeauftragter und unter anderem auf kreditwirtschaftliche, genossenschaftliche und sozialpolitische Themen spezialisiert. Foto: privat